

Digitalisierung in der Niedersächsischen Justiz



Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert:

- Erhöhung der Aufwendungen (Hard- und Software z.B. bessere Leitungen) und schnelle und erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in der Niedersächsischen Justiz
- Kein Personalabbau vor und nach Einführung und Umsetzung der Digitalisierung, zusätzliches Fachpersonal während der Einführungsphase und danach zur Betreuung der Anwender*innen, die Lücken im Personalschlüssel (Programmierer, Fachanwendungsbetreuer etc.) müssen schnellstens geschlossen werden
- Modernisierung der technischen Ausstattung, insbesondere für die Geschäftsstellen
- Gewährleistung der Barrierefreiheit auch für die elektronische Bearbeitung
- Gewährleistung eines gesunden Arbeitsplatzes von elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen über ergonomische Ausstattung wie Stühlen bis hin zu Mäusen und Tastaturen ohne Vorlage eines Gesundheitsattestes, wenn der Wunsch danach ist.
- Keine Finanzierung von Bundesvorgaben aus dem niedersächsischen Justizhaushalt
- Gewährleistung von Datenautonomie und Datensicherheit (eigene Server, eigene Betreuung = eigene Infrastruktur)
- Technik muss den Bedürfnissen der Anwenderinnen und Anwender folgen - nicht umgekehrt, insbesondere bei Einführung einer elektronischen Akte